DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion
Nordrhein-Westfalen

DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Postfach 32 02 46 40417 Düsseldorf

1. Vorsitzender

An die
Ministerpräsidentin
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Hannelore Kraft MdL
Staatskanzlei NRW
40190 Düsseldorf

21. März 2013
1/he

Einkommensrunde 2013 / Besoldung im Besonderen

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
sehr geehrte Frau Kraft,

Sie wissen sicherlich und gehen fest davon aus, dass die Beamtinnen und Beamten in NRW Ihre Ankündigungen gegenüber der Landespressekonferenz am 18.03.2013 zur Besoldungsrunde 2013/2014 trotz ihrer staatstragenden Verantwortung nicht als zumutbare Härte hinnehmen werden.

Wenn es dabei bleibt, was Sie angekündigt haben, erhöht sich der Betrag, den ausschließlich Beamtinnen und Beamte jährlich zur Haushaltssanierung beitragen, von 2,1 Milliarden Euro auf sage und schreibe fast 3.000.000.000 Euro.

In den bis jetzt beim nordrhein-westfälischen Beamtenbund eingegangenen mehr als 500 Wut-Schreiben wird auch eine Sprache gewählt, die erkennen lässt, dass diejenigen, die kein Streikrecht haben, voller Wut und Zorn sind und gerne ihre Treueverpflichtung fristlos aufkündigen würden.

Mit dieser Eingabe an Sie möchte ich zunächst einiges richtigstellen, was gegenüber den Medienvertretern am 18.03.2013 gesagt worden ist.

Ein Journalist hatte angefragt, ob mit Gewerkschaften über das was Sie angekündigt haben gesprochen worden sei. Sie haben pauschal dieses bejaht. Mit dem DBB NRW haben Sie bisher nicht gesprochen.

Seit Ihrer Regierungsübernahme im Sommer 2010 haben Sie einmalig für wenige Minuten am Rande der DBB Jahrestagung in Köln am 9. Januar 2011 mit einigen DBB-Vertretern gesprochen.

Gartenstraße 22
D-40479 Düsseldorf

Telefon 0211 491583-0
Telefax 0211 491583-10
post@dbb-nrw.de
www.dbb-nrw.de

Damit die Presse nicht den Eindruck gewinnt, dass Ihr Vorhaben mit dem Beamtenbund besprochen oder sogar abgesprochen wurde, stelle ich dies hiermit richtig. Die Presse wird über dieses Schreiben unterrichtet.

Wenn es dabei bleibt, was Sie angekündigt haben, werden rd. 230.000 Beamtinnen und Beamten im elften Jahr in Folge reale Einkommensverluste zugemutet. Das ist nichts anderes als eine stille aber stetige Enteignung. Insofern trifft Ihre Darstellung nicht zu, dass „keiner weniger erhält". Null-Runden sind nach wirtschaftlicher und realer Betrachtung Minus-Runden. Davon wären besonders die Beamten ab A 13 betroffen. Das sind meines Erachtens etwa 145.000 Betroffene auf etwa 126.000 Stellen. Insofern korrigiere ich die vom Finanzminister genannte Zahl von 98.600 Stellen.

Wenn es dabei bleibt, was Sie angekündigt haben, werden insgesamt rd. 230.000 der hochmotivierten etwa 286.000 Beamtinnen und Beamten nicht nur stinksauer sein, sondern extrem demotiviert. Sie sagen und schreiben, dass ein genereller Beförderungsstopp über mehrere Jahre für die vielen hochmotovierten Beschäftigten leistungshemmend wirken würde. Glauben Sie allen Ernstes, dass das für die von Ihrer Ankündigung mit Minus-Runden betroffenen Kolleginnen und Kollegen (noch einmal 230.000) etwa nicht der Fall ist??

Wenn es dabei bleibt, was Sie angekündigt haben, wird die Aktion „Wahltag ist Zahltag" aus der 14. Legislaturperiode vom Beamtinnen und Beamten mit Familien und Lebenspartnern in NRW, das sind mehr als 1 Millionen Wahlberechtigte, wieder auferstehen. Im Mai 2010 wurde Ihr Vorgänger maßgeblich mit deren Stimmen abgewählt. Die Aktion würde jetzt lauten „Wahltage sind Zahltage", weil bis zu den Landtagewahlen 2017 ja noch im Herbst dieses Jahres Bundestagswahlen und in 2014 Kommunalwahlen stattfinden.

Soweit für heute

mit freundlichen Grüßen

Meinolf Guntermann

P.S.: Das Schreiben wird Ihrem Kabinett zur Kenntnis übersandt.